

Neuland? Über den Digitalisierungsdiskurs in Deutschland: Frames, Akteure und ihre Netzwerke

Buhr, Daniel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Buhr, D. (2021). Neuland? Über den Digitalisierungsdiskurs in Deutschland: Frames, Akteure und ihre Netzwerke. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 70(4), 527-538. <https://doi.org/10.3224/gwp.v70i4.07>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Neuland?

Über den Digitalisierungsdiskurs in Deutschland: Frames, Akteure und ihre Netzwerke

Daniel Buhr

Zusammenfassung

Der Beitrag fasst eine Framing-Analyse des Digitalisierungsdiskurses in Deutschland zusammen. Dabei wurden für 35 untersuchte Akteure (z.B. Gewerkschaften, Verbände, Parteien, Ministerien) sowohl die jeweilige Bewertung über die Auswirkungen der Digitalisierung dargestellt, als auch die konkreten Vorschläge zur Lösung etwaiger Herausforderungen. Wo lauern Überraschungen und spannende Interessenskoalitionen?

1. Einleitung

Für die einen ist es Neuland, andere erkennen bereits den Untergang – aber alle scheinen sich einig: *„Deutschland hinkt bei der Digitalisierung hinterher.“* So oder ähnlich werden die Entwicklungen in Deutschland jedenfalls häufig beschrieben. Auch aktuelle Untersuchungen folgen diesem Beispiel und belegen scheinbar eindrucksvoll den Zustand des „Standort Deutschland“ hinsichtlich des Digitalisierungsgrades. So sind laut D21-Digital-Index zwar derzeit 88 Prozent der deutschen Bevölkerung online, 80 Prozent auch mobil (D21 2021), können aber dafür nicht immer sonderlich kompetent damit umgehen. Als große Gesellschaftsstudie liefert der Index seit 2013 ein umfassendes jährliches Lagebild zum Digitalisierungsgrad der Gesellschaft in Deutschland. Befragt werden inzwischen mehr als 16.000 BundesbürgerInnen ab 14 Jahren inklusive der sogenannten „OfflinerInnen“, die eben (noch) nicht vernetzt bzw. in der Online-Welt zuhause sind. Der aktuelle Index zeigt einerseits den Trend zu einer



Prof. Dr. Daniel Buhr

Leiter Steinbeis-Transferzentrum Soziale und Technische Innovation und außerplanmäßiger Professor am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen

leicht steigenden Digitalkompetenz in Deutschland, andererseits aber auch das Bild von einer recht stabilen Gruppe der „Digital Abseitsstehenden“, die immerhin zwischen 15 und 20 Prozent der Bevölkerung umfasst.

Ein gern benutztes Instrument, um den vermeintlichen Mangel darzustellen, ist ein Rückgriff auf international vergleichende Studien und Indizes, wie zum Beispiel den Digital Economy and Society Index (DESI) der Europäischen Kommission (DESI 2020). Hier zeigt sich, dass inzwischen nicht mehr unbedingt der Vernetzungsgrad eine große Herausforderung darzustellen scheint. In der Dimension Konnektivität ist Deutschland bei der 5G-Bereitschaft mit einem hohen Anteil an Festnetz-Breitbandanschlüssen sogar führend in der EU. *„Hinsichtlich der Abdeckung der Netze mit sehr hoher Kapazität (Very High Capacity Networks – VHCN) liegt Deutschland allerdings nur auf Rang 21 und damit unter dem EU-Durchschnitt. Ebenso erreicht es bei den digitalen öffentlichen Diensten nur den 21. Platz.“* (Europäische Kommission 2020) Was die Nutzung von Online-Diensten, die grundlegenden digitalen Kompetenzen sowie speziell die Softwarekompetenz angeht, präsentiert der DESI für Deutschland jedoch eher positive Signale (Rang 5). Bei der Inanspruchnahme von E-Government-Diensten belegt Deutschland hingegen den 26. Platz – knapp 50 Prozent der Bevölkerung hätten diese Dienste noch nicht genutzt, was aber wohl auch am mangelnden Angebot liegen könnte.

Womit wir bei der Interpretation und Analyse dieser Zahlen wären. Sie sind recht ambivalent und schwanken zwischen Dystopie und Utopie. Sie entstammen unterschiedlichen Blickwinkeln, Deutungsmustern und Sinnhorizonten – Frames. *„Aber – wer schreibt eigentlich was zum digitalen Wandel? Welche Akteure beteiligen sich an diesem Diskurs? Und wie stehen die verschiedenen Positionen, die eingenommen werden, politisch zueinander?“* (Tuleweit 2020) Im Auftrag der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE sind Rolf Frankenberger und ich diesen Fragen in einer Studie nachgegangen (Buhr/Frankenberger 2020). Das Forschungsprojekt hatte zum Ziel, den Digitalisierungsdiskurs in Deutschland zu rekonstruieren. Dabei wurden zentrale, politische Akteur*innen betrachtet und ihre Positionen und Lösungsvorschläge zu verschiedenen Aspekten der Digitalisierung analysiert. Weil die Digitalisierungsdebatte in den letzten Jahren häufig mit einigem Alarmismus geführt und oft mit dystopischen Szenarien belegt wurde („Ende der Arbeit“), war es gerade bei diesem Thema entscheidend zu wissen, welche Akteur*innen welche Problemwahrnehmungen und Diagnosen in den Vordergrund stellen. Aber auch die jeweiligen Lösungsstrategien, sowie deren Veränderung über die Zeit bzw. ihre Übersetzung in konkrete politische Maßnahmen, wurden von uns untersucht. Der vorliegende Beitrag fasst die Studie zusammen und stellt ihre zentralen Ergebnisse vor.

2. Methodischer Hintergrund und Vorgehen der Studie

Zentrales Element der Studie ist eine Framing-Analyse, die für jeden der 35 untersuchten Akteure (z.B. Gewerkschaften, Verbände, Parteien, Ministerien) sowohl die jeweilige Bewertung über die Auswirkungen der Digitalisierung darstellt, als auch die

konkreten Vorschläge zur Lösung etwaiger Herausforderungen. Damit lassen sich einzelnen Akteursclustern spezifische Frames zuordnen und es lässt sich ablesen, wo Schnittmengen und Interessenkoalitionen mit anderen Akteuren bestehen, die noch für die (gemeinsame) politische Gestaltung der digitalen Transformation wichtig werden könnten.

Die Studie wählt eine Kombination mehrerer methodischer Vorgehensweisen: Framinganalyse, qualitative und quantitative Inhaltsanalyse sowie Netzwerkanalyse. Die methodologische Grundlage der Analyse liefert dabei der Framing-Ansatz. Ausgehend von der Annahme, dass Sprache politische Realität erzeugt, gewinnt die Analyse sprachlicher Praktiken zentrale Bedeutung. Denn wie und was über ein Thema kommuniziert wird, welche Deutungsmuster und Konstruktionen der Realität sich durchsetzen, entscheidet oftmals über den Erfolg von Akteuren im politischen Raum und damit auch über politische Entscheidungen (vgl. auch Frankenberger 2021: 125-127).

Framing bezeichnet das Einbetten eines Themas in einen Bedeutungszusammenhang durch einen Akteur. Nach Entman (1993) bedeutet Framing, einige Aspekte einer wahrgenommenen Realität auszuwählen und sie in einem kommunizierenden Text deutlicher hervortreten zu lassen, so dass eine bestimmte Problemdefinition, kausale Interpretation, moralische Bewertung und/oder Behandlungsempfehlung für den beschriebenen Gegenstand befördert wird (Entman 1993: 52). Als Sinnhorizonte von Akteuren, die bestimmte Informationen und Positionen hervorheben – und andere ausblenden – definieren sie Probleme, Akteure und Handlungsoptionen. Frames finden sich bei strategischen Kommunikatoren, in Medieninhalten und bei Rezipienten und lassen sich sowohl in den kognitiven Apparaten von Menschen als auch in kommunizierten Inhalten identifizieren (Matthes 2021). Durch Selektion, Betonung, Ausschluss und Ausarbeitung bieten Frames sowohl einen Kontext als auch einen Vorschlag der Interpretation eines Themas an. Das macht sie zu einem wichtigen Organisations- und Verarbeitungsprinzip von Nachrichteninhalten (Entman 1993; Matthes 2021): der jeweilige Frame bestimmt, welche Aspekte relevant sind und welche nicht. Das reduziert einerseits Komplexität und bietet andererseits Orientierung an. Durch sein Angebot einer Interpretation geht der Frame dabei über reine Einzelaussagen hinaus; vielmehr regelt er durch seine Themenstrukturierung und das Interpretationsangebot, welche Teile einer dargebotenen Realität mit hoher Wahrscheinlichkeit bemerkt und schließlich im öffentlichen Diskurs bewusst oder unbewusst übernommen werden.

Während einige Autoren (vgl. Benford/Snow 2000) neben der Problemdefinition, der Darstellung der Ursache und einer Verhaltensempfehlung auch eine moralische Bewertung als Analyseelement berücksichtigen, fokussieren wir in unserer Analyse der Frames vornehmlich auf zwei Elemente:

1. *Diagnostic framing*: die Problemdefinition dessen, was ursächlich auf den Prozess der Digitalisierung zurückzuführen ist, und
2. *Prognostic framing*: die Handlungsaufforderung, die Lösungsstrategien vorschlägt und ggf. Akteure benennt, die diese umsetzen sollen (Snow/Benford 1988, 1992).

Beispiele für prognostic frames in unserer Analyse wären die beiden folgenden:

- „Die Mitarbeiter müssen neue Qualifikationen erwerben.“¹
- „Wir brauchen ein Leitbild einer erfolgreichen Digitalisierung, damit Innovationen und Sicherheit zu zwei Seiten einer Medaille werden.“²

Nimmt man jeweils die beiden Frames zusammen, so entstehen daraus zwei neue Framings.

Das Acatech-Framing wäre „Digitalisierung verändert Arbeit, daher brauchen Mitarbeiter neue Qualifikationen“, wobei unklar bleibt, wer für diese zu sorgen hat. Das IG Metall-Framing wäre hingegen: „Digitalisierung bringt weitreichende Veränderungen, daher brauchen wir ein Leitbild, das Sicherheit gibt“. In diese Richtung argumentiert beispielsweise auch die IG BCE, deren Vorsitzender Michael Vassiliadis im Jahr 2018 entsprechend pointiert forderte: „Es ist Zeit für eine Offensive für Gute Arbeit in der digitalen Arbeitswelt, die die Beteiligungs- und Schutzrechte der Beschäftigten sichert.“ (Vassiliadis 2018: 17)

Diese Befunde wurden abschließend anhand einer Netzwerkanalyse systematisiert und visualisiert. Dabei ging es vor allem um die Frage, wie die verschiedenen Akteure inhaltlich im Sinne eines ähnlichen Framings zusammenarbeiten, was wiederum die Grundlage für weitere Kooperation in der Zukunft sein könnte. Dabei wurden Frames als Verbindungen zwischen den Akteuren verstanden. Je mehr und je häufiger gleiche Frames verwendet wurden, desto näher liegen diese Frames – und vermutlich die entsprechenden Akteure als deren Sender – strategisch beieinander.

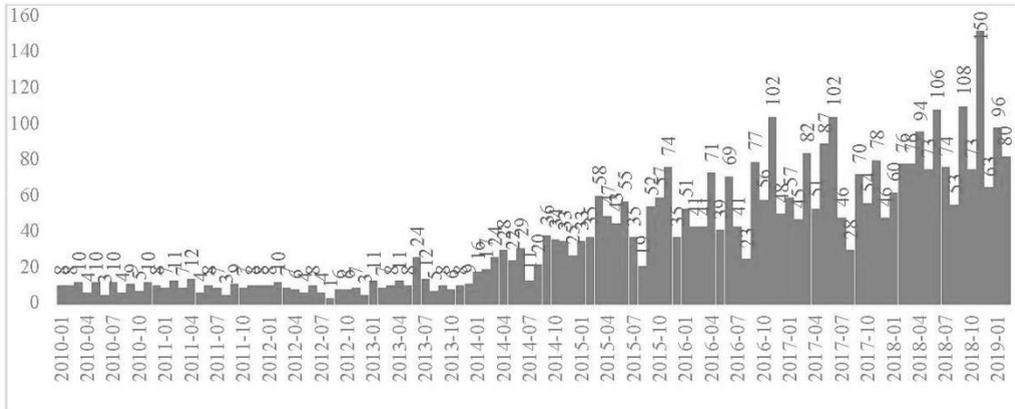
Insgesamt wurden in der Studie 3.793 Dokumente analysiert, die im Zeitraum 2010 bis 2019 von 35 Akteuren aus deutscher Politik, Verwaltung, Sozialpartnerverbänden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft veröffentlicht worden sind:

- Gewerkschaften: DGB, IG BCE, Verdi, IG Metall, EVG, NGG, GEW, IG Bau, GdP
- Parteien: CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Grüne, Linke, FDP, AfD
- Ministerien: BMAS, BMWi, BMBF, BMVI
- Industrie- und Wirtschaftsverbände: BDI, BDA, BAVC, Gesamtmetall, VDI, VCI, VDMA, BITKOM.
- Verwaltungsverbände: Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund.
- Wissenschaft: acatech, Leopoldina, Fraunhofer Gesellschaft, DFKI
- Zivilgesellschaft: Verbraucherzentrale Bundesverband

Um das Framing obiger Akteure analysieren zu können, wurden Dokumente ausgewählt, die sich an die Öffentlichkeit richten, also vor allem Positionspapiere und Presseinformationen. Die insgesamt 3.793 vorliegenden Dokumente mit ihren 2.368.654 Wörtern wurden zunächst quantitativ analysiert. Rund 99 Prozent der Dokumente enthielten einen Code „digital*“³, so dass der Datenkorpus als geeignet für die Analyse des Digitalisierungsdiskurses angesehen werden kann. Interessant ist, dass Codes mit einem Bezug zu Wirtschaft und Markt (9.243 Codes) oder zu „Industrie 4.0“ (8.249 Codes) dominieren, während gesellschaftliche und soziale Bezüge deutlich seltener auftauchen. Abbildung 1 zeigt die Verteilung der Anzahl der Dokumente über

den Untersuchungszeitraum. Das Jahr 2014 markiert dabei den Startpunkt der Intensivierung des Digitalisierungsdiskurses in Deutschland.

Abbildung 1: Anzahl der relevanten Dokumente pro Monat (N=3793)



Quelle: eigene Darstellung nach Buhr/Frankenberger 2020

3. Zentrale Ergebnisse – ein Blick auf die Policy-Ebene

Was die inhaltliche Debatte (Policy-Perspektive) anbelangt, scheint der Digitalisierungsdiskurs in Deutschland – zumindest auf der rein quantitativen Ebene der Inhaltsanalyse – vor allem ein ökonomischer und kaum ein sozialer oder gesellschaftlicher Diskurs zu sein, wenngleich die Auswirkungen der Digitalisierung wohl in beiden Sphären gleichermaßen tiefgreifende Veränderungen zeitigen (werden). In den Materialien wurden anschließend im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse sowohl *diagnostic* (Identifikation des Problems und Zuschreibung) als auch *prognostic* (Handlungsempfehlungen) *Framings* untersucht und insgesamt 6.572 Textstellen⁴ codiert. Davon entfielen 1.876 Codierungen auf diagnostische Frames und 4.696 Codierungen auf prognostische Frames. Die Analyse der Frames zeigt, dass die Digitalisierung von den Akteuren eindeutig als disruptiver Megatrend wahrgenommen wird. Die Gegenüberstellung der Positionen zeigt aber gleichzeitig auch: Chancen-Frames überwiegen die Risiko-Frames deutlich. Interessanterweise ist der Diskurs zur Digitalisierung in Deutschland damit zum großen Teil ein Chancendiskurs.

Die Akteure zeichnen eine umfassende Diagnose des Veränderungspotenzials der Digitalisierung – von der Arbeitswelt über Wertschöpfung, Geschäftsmodelle und die Digitalisierung/Automatisierung der Produktion bis hin zum gesellschaftlichen Zusammenleben und zur Kommunikation. Chancen werden vor allem in der Generierung von Wohlstand und Innovation sowie der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Bessere medizinische Versorgung durch ein digitalisiertes Gesundheitswesen und das Schaffen guter Arbeit durch Digitalisierung und Automatisierung schwerer und monotoner Arbeit sind ebenso wichtige Themen wie der mögliche Aufbau neuer Arbeitsplätze. Demgegenüber steht vor allem die Befürchtung der Entgrenzung von

Arbeit durch die Digitalisierungsprozesse. Der mögliche Verlust von Arbeitsplätzen im Zuge der Digitalisierung spielt im Beobachtungszeitraum 2013 bis 2018 erstaunlicherweise – und entgegen ursprünglicher Annahmen – eine untergeordnete Rolle.

Insgesamt wird von den meisten Akteuren Digitalisierung als Gestaltungsaufgabe verstanden. Zu den am häufigsten auftretenden prognostischen Frames gehören insbesondere „*Digitalisierung braucht Bildung, Ausbildung und Weiterbildung*“, „*Digitalisierung braucht Kooperation zwischen vielen Akteuren*“, „*Digitalisierung braucht Regulierung*“, „*Digitalisierung braucht eine flächendeckende moderne digitale Infrastruktur*“, „*Digitalisierung braucht neue Qualifikationen und Kompetenzen*“ und „*Digitalisierung erfordert aktive politische Gestaltung*“. Vorschläge wie beispielsweise „*mehr Forschung*“, „*neue Datenschutzkonzepte*“, „*neue soziale Sicherungssysteme*“ oder „*mehr Eigenverantwortung der Beschäftigten*“ tauchen seltener als prognostische Frames auf. Auch die Themen „Mitbestimmung“ und „Sozialpartnerschaft“ kommen in der Debatte eher selten vor. Tendenziell liegen die Schwerpunkte des Digitalisierungsdiskurses in Deutschland bei Bildung, (staatlicher) Regulierung und Kooperation.

4. Die Politics-Dimension: Akteurscluster und mögliche Interessenkoalitionäre?

Von den Inhalten zu den Akteur*innen. Wer ist wem nah bzw. wo liegen die Akteur*innen konträr zueinander? Wo sind Konflikte und wo Interessenkoalitionen zu vermuten? Eine erste Antwort zu diesen Fragen kann über Codelandkarten gelingen, die sich grafisch auch als Radarcharts oder Streudiagramme darstellen lassen.⁵ So wird beispielsweise durch das Übereinanderlegen von Radarcharts verschiedener Akteure sehr schnell sichtbar, wo es Überschneidungen bei den Frames gibt – und wo eben nicht. Das ist vor allem interessant, wenn wir die Akteure beispielsweise nach spezifischen Gruppen („Gewerkschaften“, „Parteien“, „Verbände“ etc.) clustern. Dies ließe sich aber natürlich auch für einzelne Branchen oder bestimmte Bereiche machen.

Auffällig ist, dass die großen und dominanten Akteursgruppen „Wirtschafts- bzw. Arbeitgeber-Verbände“ einerseits und „Gewerkschaften“ andererseits intern ähnliche Profile aufweisen, die sich deutlich von der jeweils anderen Gruppe unterscheiden. Hier sind z. B. die Ähnlichkeiten zwischen BMWi, CDU/CSU, FDP und Gesamtmetall zu nennen, die ihre Schwerpunkte in den Themenbereichen Flexibilisierung und (teilweise) Deregulierung der Arbeit setzen. Ganz dem Cleavage von Kapital und Arbeit folgend, betonen dagegen insbesondere die Gewerkschaften als recht homogene Gruppe, aber auch das BMAS, sowie alle Parteien bis auf FDP und AfD die Themen „Empowerment“, „Gute Arbeit“ und „Mitbestimmung“. BMWi, BMBF und einige Wissenschaftsinstitute legen zudem besonderen Wert auf Kooperation und gesellschaftlichen Dialog.

Es zeigt sich somit, dass an vielen Stellen die traditionellen Konfliktlinien zwischen den Sozialpartnern durch die Digitalisierung eher verstärkt als abgebaut werden. Besonders sichtbar wird das bei den Sozialpartnern der Metall- und Elektroindustrie (Gesamtmetall und IG Metall), die deutliche diskursive Differenzen aufweisen. Weni-

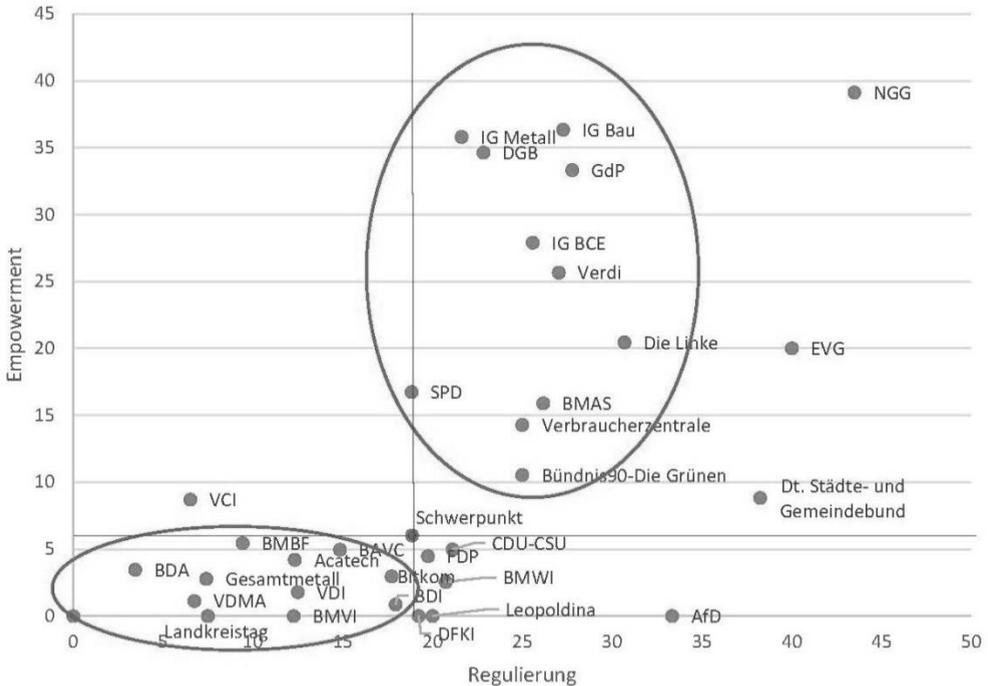
ger ausgeprägt ist die Konfliktlinie bei den Sozialpartnern der chemischen Industrie (IG BCE und BAVC), wo sich die Problemwahrnehmungen und Lösungsvorschläge häufiger überschneiden. Die IG BCE hat von allen Gewerkschaften am deutlichsten einen kooperativen Ansatz: sie betont in besonderem Maße die Sozialpartnerschaft und die Kooperation mit dem BAVC, die wiederum in vielen Presseerklärungen auf die IG BCE Bezug nimmt.

Während also Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände *grosso modo* jeweils recht homogene Profile aufweisen, ist dies bei Parteien und Ministerien deutlich schwächer zu finden, was wohl auf die unterschiedlichen Funktionalitäten der verschiedenen Akteursgruppen zurückzuführen ist. Wo sich Parteien jedoch gleichen: bei der Forderung nach mehr Bildung als Reaktion und Bewältigungsstrategie des digitalen Wandels. Jedoch sind es lediglich die SPD und die Linke, die sich dabei auch für Empowerment stark machen. Die Forderung nach Flexibilisierung ist hingegen ein Alleinstellungsmerkmal der FDP. In den Bereichen Sicherheit und Regulierung sind es insbesondere die Linke und die AfD sowie bei letzterem die Grünen, die sich von den anderen Parteien abheben.

Wenig überraschend sind die Kernforderungen der Verbände bei Bildung – hier wohl eher verstanden als „Optimierung des Humankapitals“ – sowie bei Flexibilisierung zu finden, wo insbesondere Gesamtmetall sich profiliert. Empowerment, Forschungsförderung und Unternehmensförderung spielen keine Rolle. Ersteres ist wenig überraschend, jedoch wäre zu erwarten gewesen, dass gerade Unternehmerverbände sich für Forschung und Unternehmensförderung stark machen. Mit Blick auf die Sozialpartnerschaft zeigt sich, was sich schon in den Akteursprofilen angedeutet hatte: Die Chemie-Verbände BAVC und VCI setzen zusammen mit Bitkom und BDI besonders stark auf Kooperation bei der Bearbeitung des digitalen Wandels. Ähnlich stark betonen auch die untersuchten Ministerien die Bedeutung von Kooperation. Es ist jedoch lediglich das BMAS, welches sich auch besonders für Teilhabe/Empowerment und Regulierung einsetzt. Dass Bildung und Forschung vor allem vom BMBF und die Förderung von Unternehmen vom BMWi gefordert werden, überrascht hingegen weniger.

Die folgenden Streudiagramme (Abbildung 2 und 3) beleuchten die strategische Nähe von Akteuren auf der Basis von jeweils zwei Metaframes, die sich mehr oder weniger diametral entgegenstehen. Hier werden die relativen Häufigkeiten der diagnostischen Metaframes zugrunde gelegt. Ausgehend vom Schwerpunkt der jeweiligen Verteilung ließe sich argumentieren, dass diejenigen Akteure, die im gleichen Quadranten⁶ liegen, potentielle Kooperationspartner sein könnten bzw. zumindest einen hohen Überschneidungsgrad von Interessen besitzen. Zudem sind diejenigen Akteure mit übereinstimmender Argumentation hinsichtlich der jeweils zwei diagnostischen Frames eingekreist.

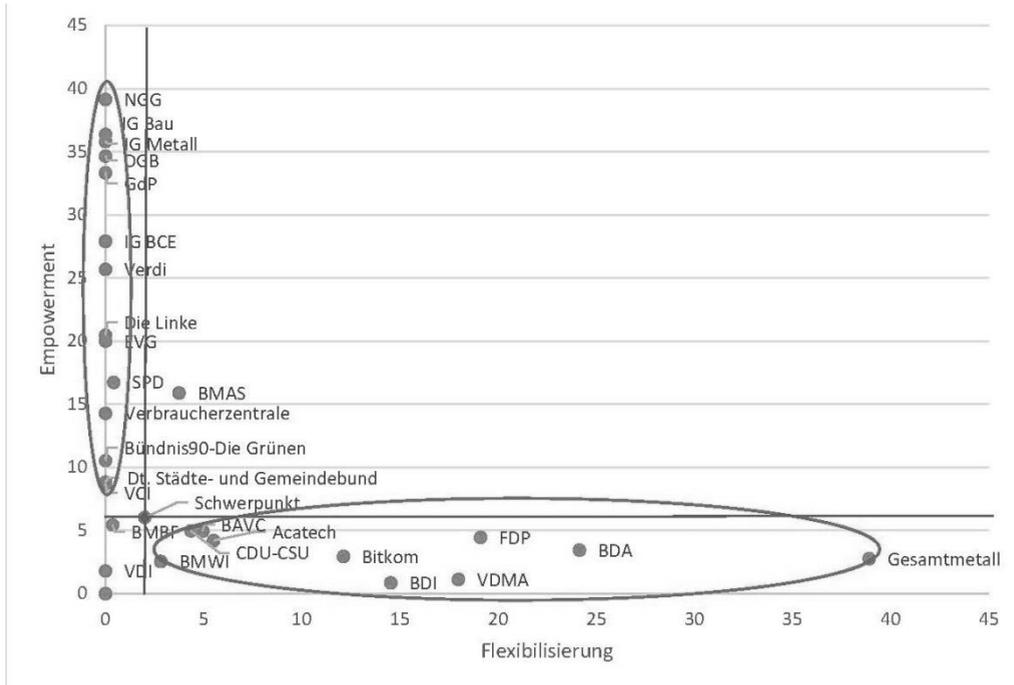
Abbildung 2: Empowerment versus Regulierung



Quelle: eigene Darstellung nach Buhr/Frankenberger 2020

In Abbildung 2 wird die Kombination von Forderungen nach Regulierung und Empowerment abgebildet. Regulierung kann zu Empowerment führen, muss aber nicht. Das zeigt sich gerade dann, wenn Akteure wie Gesamtmetall oder der BDA zwar Regulierung fordern, damit aber nicht zwingend auf Arbeit und Menschen abzielen, sondern darunter eher rechtliche Rahmenbedingungen des Wirtschaftens verstehen (z. B. Patentschutz, Eigentums- oder Wettbewerbsrecht etc.). Ein Cluster aus den Gewerkschaften umfasst zudem das BMAS, die Grünen und die Verbraucherzentralen. Im ersten Quadranten würde zudem der DStGB liegen, wengleich schon sehr weit von Gewerkschaften wie der IG Metall, DGB oder der IG BCE entfernt, während die SPD knapp im zweiten Quadranten liegt. Im dritten Quadranten, in dem sowohl die Forderungen nach Regulierung als auch nach Empowerment unterdurchschnittlich stark sind, finden sich vor allem Arbeitgebervertreter, aber auch Bundesministerien wie das BMBF und BMWI.

Abbildung 3: Empowerment versus Flexibilisierung



Quelle: eigene Darstellung nach Buhr/Frankenberger 2020

Abbildung 3 stellt einen der zentralen Interessen-, „Cleavages“ dar, nämlich den von Arbeit und Kapital. Empowerment bedeutet mehr Rechte für Arbeitnehmer*innen, Flexibilisierung hingegen eine größere und freiere Verfügbarkeit des Produktionsfaktors Arbeit. Dieser Widerspruch kommt im Schaubild gut zum Ausdruck. Gewerkschaften finden sich im zweiten Quadranten, während sich Arbeitgeber- bzw. Industrieverbände vornehmlich im vierten Quadranten sammeln. Besonders hervor stechen dabei BDA und Gesamtmetall, die am vehementesten eine Flexibilisierung einfordern. Interessanterweise trifft dies so nicht auf den VCI zu. Auch der BAVC ist in seinen Aussagen eher moderat. Im stark von den Gewerkschaften geprägten Cluster kommen grundsätzlich alle Akteure in Frage, die keine Flexibilisierung fordern, aber die Bedeutung von Empowerment, Teilhabe und Selbstbestimmung betonen. Die im selben Quadranten liegenden Akteure umfassen hier – interessanterweise – auch den VCI, die Grünen sowie den DStGB.

Grundsätzlich finden sich Themenüberschneidungen insbesondere bei den Gewerkschaften sowie SPD, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen. Die IG BCE betont insbesondere die Themen Regulierung, Empowerment, Bildung, Kooperation und Sicherheit im Zuge der Digitalisierung. Erwartungsgemäß zeigt sich damit eine inhaltliche Nähe zu den anderen Gewerkschaften und der SPD. Vielleicht etwas überraschend ist die Tatsache, dass auch zu den Parteien Die Linke und Bündnis90/Die Grünen eine inhaltliche Übereinstimmung in vielen Digitalisierungsthemen herrscht und sie hier durchaus als Partner für die Gewerkschaften in Betracht kommen könnten.

Auch der Verband der Chemischen Industrie ist ein wichtiger und reger Akteur des Digitalisierungsdiskurses in Deutschland, der vornehmlich die Chancen der Digitalisierung als Wachstums- und Innovationsmotor betont. Auffallend – und in Abgrenzung zu anderen Industrieverbänden – ist jedoch zum einen, dass der Flexibilisierungsframe so gut wie gar nicht bemüht wird, und zum anderen, dass Kooperation und Empowerment in den Frames überwiegen, auch im Sinne eines gesellschaftlichen Dialogs, der über die Auswirkungen der digitalen Transformation geführt werden müsse.

Die Gewerkschaften insgesamt haben erwartungsgemäß ihren Fokus auf Empowerment, Bildung und Regulierung der Digitalisierung gelegt. Dabei fällt auf, dass der Bereich der Forschung von der gewerkschaftlichen Positionierung im vorliegenden Textkorpus wenig bis gar nicht berührt worden ist. Das ist deshalb bemerkenswert, weil beispielsweise durch die Forschung zu Fragen der Digitalisierung wichtige Weichen zu ihrer Wahrnehmung und zu ihrer Gestaltung gestellt werden könnten, die eigentlich für die Gewerkschaftsarbeit prioritär sein sollten.

5. Fazit

Die Ergebnisse der hier nur in Auszügen vorgestellten Framing- und Netzwerkanalyse können dabei helfen, den Digitalisierungsdiskurs zu strukturieren, die zentralen Forderungen der Akteur*innen herauszudestillieren, entsprechende Interessenkoalitionen ausfindig zu machen und diese für die künftige politische Gestaltung strategisch zu nutzen. Die Studie konnte dabei einerseits vorhandene Annahmen und Befunde zum Framing im Digitalisierungsdiskurs bestätigen, andererseits aber auch neue ausfindig machen. Neben allen – mitunter erwarteten – Unterschieden bei den prognostischen Frames (z.B. zur Regulierung des Arbeitsmarktes), zeigt sich aber auch, dass nahezu alle Akteure die großen Chancen erkennen, die in der Digitalisierung liegen. Chancen werden vor allem in der Generierung von Wohlstand und Innovation sowie der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Auch bessere medizinische Versorgung durch ein digitalisiertes Gesundheitswesen und das Schaffen guter Arbeit durch Digitalisierung und Automatisierung schwerer und monotoner Tätigkeiten sind ebenso häufig zitierte Frames. Demgegenüber steht vor allem die Befürchtung der Entgrenzung von Arbeit durch ebenjene Digitalisierungsprozesse.

Unisono wird die Wichtigkeit der aktiven politischen Gestaltung dieses Transformationsprozesses betont. Wie diese jedoch genau auszusehen hat, wird mit unterschiedlichen Frames bzw. in verschiedenen Akteursclustern gefordert. Diese organisieren sich häufig entlang traditioneller Konfliktlinien der industriellen Beziehungen, offenbaren aber immer wieder auch neue, spannende bzw. unerwartete Interessenkoalitionen. Beispielsweise zeigt sich innerhalb des Digitalisierungsdiskurses – und in Abgrenzung zu vielen bestehenden Konflikten auf anderen Politikfeldern – dass sich der VCI und die Grünen viel näherstehen als erwartet. Grundsätzlich ist aber eine erstaunliche Beharrlichkeit des klassischen Cleavages von Arbeit und Kapital zu beobachten: zwei dominante und sich gegenüberstehende Akteursgruppen, die jeweils

große Ähnlichkeiten bei den Frames zu Empowerment und Flexibilisierung sowie Bildung aufweisen.

Was auch auffällt: Die häufigsten Nennungen bei den prognostischen Frames („Digitalisierung braucht...“) weisen die Metaframes zu Bildung (1.039 Nennungen), Regulierung (831) und Kooperation (812) auf. Kooperation wird dabei häufig im Sinne der Nutzung von Plattformen zur Aushandlung technischer (und sozialer?) Standards verstanden, beispielsweise die Plattform Industrie 4.0. Dabei lassen sich jedoch zwei unterschiedliche Framings erkennen. Eines, das Kooperation vornehmlich als Bedingung für die Öffnung von Innovationsprozessen versteht; ein anderes, das eher den gesellschaftlichen Dialog sowie Kooperation und Partizipation im Sinne eines gesellschaftlichen Fortschritts fordert. Interessant ist, dass nicht alle Akteure den flächendeckenden Breitbandausbau dafür als notwendige Bedingung erachten, denn Forderungen nach Investitionen in (digitale) Infrastruktur fallen im Vergleich zu den drei erstgenannten Frames deutlich ab (418). Mit Blick auf die eingangs zitierten Studien (D21-Index, DESI 2020) und manchen Fortschritt im Bereich des Netzausbaus erkennen viele Akteure hier vielleicht auch nicht mehr das drängendste Problem. Und auch das klassische Mantra der vergangenen 30 Jahre – nämlich Forderungen nach mehr Flexibilisierung und Deregulierung – scheint nicht mehr so zu verfangen, was die relativ geringe Zahl ihrer Nennungen (260) verrät. Bei der Frequenzanalyse der Frames wird aber auch deutlich, dass ebenso selten „Forschung“ gefordert wird (236 Nennungen). Das ist erstaunlich. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Aufgaben und großen Herausforderungen, wie zum Beispiel der Klimawandel oder ein gerechter Zugang zu Medizin, Pflege und Bildung, stellt sich durchaus die Frage, welchen Beitrag soziale und technische Innovationen (z.B. durch Digitalisierung) zu deren Lösung beitragen könnten? Kurzum: Further research needs to be done.

Anmerkungen

- 1 Acatech Presseinformation vom 11.16.2016
- 2 IG Metall Presseinformation vom 22.11.2016
- 3 In einem zweiten Schritt wurden zuvor alle Texte unter Zuhilfenahme eines Diktionärs automatisch codiert. Dabei konnten wir insgesamt 56.890 Codes vergeben, die jeweils ein Wort oder einen Wortstamm umfassen. Das Diktionär beinhaltet für die Identifikation von Themen und Frames rund um die Digitalisierung zentrale Begriffe und Wortstämme, wobei * die Suche eines Wortstamms kennzeichnet und in Klammern die Anzahl der Codes steht, u. a.: Digital* (19.645), Wirtschaft, Markt (9.243), Industrie 4.0 (8.249), Bildung, Qualifizierung, Regulierung* (6.531), Innovation, Innovations* (5.130), Gesellschaft (4.569), Sozial* (2.408), Vertrauen (605), Plattform Industrie 4.0 (324), Plattformökonomie (187)
- 4 Als Textstellen werden hier die Kodiereinheiten bzw. Kontexteinheiten bezeichnet. Kodiereinheiten sind der kleinste Materialbestandteil, der ausgewertet werden darf und unter eine inhaltliche Kategorie fällt (vgl. Mayring 2003). Kontexteinheiten sind der größte Textbestandteil, der unter eine Kategorie fallen kann. Kodiereinheit ist hier ein Wort, die Kontexteinheit ein Satz.
- 5 Die Codierungen der prognostischen Metaframes wurden in relative Häufigkeiten pro Akteur (in %) umgerechnet, um so der Bedeutung des jeweiligen Frames für den Akteur Rechnung zu tragen und die ungleichen absoluten Zahlen zu relativieren. So entstehen für alle Akteure gleich skalierte Werte

(im Bereich von 0-100%). Je höher die Zahl, desto bedeutsamer ist der jeweilige Frame für den Akteur.

- 6 Quadranten ergeben sich, wenn in das Streudiagramm die arithmetischen Mittel der beiden Variablen eingetragen werden. Beide gehen orthogonal zueinander durch den Schwerpunkt der Verteilung, der hier rot gekennzeichnet ist. Gemäß Konvention werden die Quadranten von rechts oben (1) über links oben (2) und links unten (3) zu rechts unten (4) durchnummeriert.

Literatur

- Benford, Robert D., Snow, David A. (2000) "Framing processes and social movements: An overview and assessment". *Annual review of sociology* 26:1, 611-639.
<https://doi.org/10.1146/annurev.soc.26.1.611>
- Buhr, Daniel, Frankenberger, Rolf (2020) „Der Digitalisierungsdiskurs in Deutschland – Akteure, Frames und Netzwerke“. Berlin: Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE.
https://www.arbeit-umwelt.de/wp-content/uploads/StAuU_NW-Analyse-Digitalisierungsdiskurs20200306.pdf
- D21 (2021) D21-Digital-Index, <https://initiatived21.de/d21index/>
- Entman, Robert (1993) "Framing: Toward Clarification of a fractured Paradigm". *Journal of Communication* 43:3, 50-58 <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x>
- Digital Economy and Society Index (DESI 2020):
<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/digital-economy-and-society-index-desi-2020>
- Europäische Kommission (2020): „Deutschland im digitalen Vergleich in der EU an Platz zwölf“, https://ec.europa.eu/germany/news/20200611-digitalisierung_de
- Frankenberger, Rolf (2021) *Methoden in der Politikwissenschaft*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Matthes, Jörg (2021) „Framing“, Baden-Baden: Nomos.
- Mayring, Philipp (2003) „Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken“. 8. Aufl. Beltz. Weinheim.
- Snow, David A., Benford Robert D. (1988) "Ideology, frame resonance, and participant mobilization". *International Social Movement Research* 1, 197-218.
- Snow, David A., Benford Robert D. (1992) "Master frames and cycles of protest". In: Morris, A.D./Mueller C.M. (Hrsg.). *Frontiers in Social Movement Theory*. Yale University Press, 133-55. New Haven.
- Tuleweit, Sören (2020) Vorwort, in: Buhr, Daniel, Frankenberger, Rolf (2020): „Der Digitalisierungsdiskurs in Deutschland – Akteure, Frames und Netzwerke“. Berlin: Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE.